

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle II

14. Mai 2010 - Nr. 18 - € 1,50

„Österreich 2020“-Gastkommentar
von Udo Jesionek zu Jugendgerichtsbarkeit

Zeit für Gerechtigkeit!

Faire Verteilung.
Soziale Ausgewogenheit.
Gleiche Chancen.



Am 30. Mai stehen die Burgenländerinnen und Burgenländer vor der Entscheidung, wer ihr Bundesland in den nächsten fünf Jahren regieren wird. Seit Landeshauptmann Hans Niessl vor einem Jahrzehnt zum SPÖ-Landesvorsitzenden gewählt wurde, ist das Burgenland in vielen Bereichen zur Nummer eins aufgestiegen – ob im Tourismus, bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise oder wenn es um die beste Bildung geht. Die Bilanz unseres östlichsten Bundeslands kann sich sehen lassen und Hans Niessls Politik stand stets im Zeichen des Fortschritts, der Fairness, Sicherheit und Gerechtigkeit.

Gerade jetzt, in Zeiten einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, ist soziale Gerechtigkeit wichtiger denn je. Unter dem Titel „Zeit für Gerechtigkeit!“ startet die SPÖ eine neue Kampagne. Denn für die Sozialdemokratie steht fest: Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden. Es ist höchste Zeit, dass die Verursacher der Krise, die Banken und Spekulanten, ihren Beitrag leisten.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Wahlauftakt Burgenland	4
Euro-Rettungspaket	6
Kampagne „Zeit für Gerechtigkeit“	7
Schwerpunkt Bildung	8
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Udo Jesionek zu Jugendgerichtsbarkeit	14

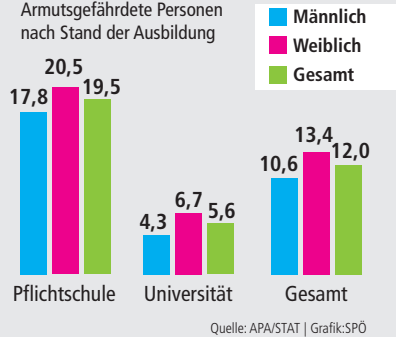
Mehr Gewaltschutz für Kinder und Jugendliche

SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger fordert die finanzielle Absicherung von Opferschutzeinrichtungen. „Hier geht es darum, ein Gesamtkonzept im Kampf gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen zu erstellen“, betonte Lueger. Derzeit gebe es eine Vielzahl an Opferschutzeinrichtungen, die Opfern von Gewalt Hilfe und Unterstützung zukommen lassen. Wichtig sei jedoch vor allem auch, dass diese Institutionen finanziell abgesichert sind. In letzter Zeit hätten beispielsweise Kinderschutzzentren darauf hingewiesen,

THEMEN DER WOCHE

Bildung und Armut

Armutsgefährdete Personen nach Stand der Ausbildung



Höhere Bildung verringert Armutsgefährdung

Je höher das Bildungsniveau, desto geringer ist die Armutsgefährdung. Demnach waren 2007 19,5 Prozent derjenigen, die lediglich einen Pflichtschulabschluss haben, im Vergleich zu den Akademikern mit nur 5,6 Prozent, armutsgefährdet. Ebenfalls auffällig ist, dass Frauen, egal mit welchem Bildungsabschluss, stärker als Männer von Armutsgefährdung betroffen sind. ♦

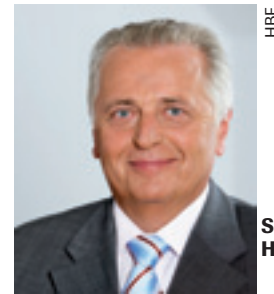
mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Lehren aus der Euro-Krise – strengere Regeln für die Finanzmärkte?

Die Euro-Krise konnte durch einen gemeinsamen europäischen Kraftakt abgewendet werden. Spekulanten und unregulierte Finanzmärkte haben die Euro-Zone in Gefahr gebracht.

Diskutieren Sie unter www.spoe.at mit, ob Spekulationsverbote, strengere Regeln für Finanzmärkte und Hedgefonds sowie eine eigene EU-Ratingagentur geeignete Mittel sind, um die Ursachen der Krise nachhaltig zu bekämpfen.



HBF

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Tag der Pflege: Pflegeleistungen immer wichtiger

Anlässlich des Tags der Pflege drückte Sozialminister Rudolf Hundstorfer den zahlreichen in der Pflege beschäftigten Menschen seine Wertschätzung für ihre aufopfernde Tätigkeit aus: „Die Pflege ist ein so komplexes Beziehungsgeflecht und braucht professionell arbeitende und starke Persönlichkeiten.“ Durch die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung nimmt die Zahl der Menschen mit Hilfebedarf kontinuierlich zu. Aus diesem Grund werden im Jahr 2010 über das AMS 6.000 Menschen in Pflegeberufen aus- und weitergebildet. ♦

Zitat der Woche

„Jetzt geht es ab sofort aber auch darum: Wer zahlt zum Schluss die Rechnung? Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Rechnung der Finanzkrise mit Sozialabbau bezahlt wird.“

Bundeskanzler Werner Faymann zum Euro-Rettungspaket

Gemeinsame Unterstützung Griechenlands stärkt Europäisches Projekt

Anlässlich des Europatages am 9. Mai betonte der Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda: „Der nun von den Regierungschefs der Eurozone gewählte Weg, Griechenland zu unterstützen, stärkt die Rolle der EU.“ Die Entscheidungen seien von Vernunft getragen gewesen und Bundeskanzler Werner Faymann habe mit seiner Entscheidung sehr verantwortungsvoll gehandelt. Es bleibe zu hoffen, dass auch die europäischen Finanzminister das gleiche Verantwortungsbewusstsein zeigen, wenn es um die Finanzmarktregulierung geht. ♦



Zinner

Für SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger steht fest: „Opfer von Gewalt und Missbrauch dürfen nicht durch Sparen am falschen Platz nochmals zu Opfern werden.“

Zinner



SPÖ-EU-Abgeordneter Hannes Swoboda



Zeit für Gerechtigkeit!

Rücksichtslose Spekulationen auf Hochrisikopapiere, kurzfristiges Profitstreben und Entkoppelung von Staat und Wirtschaft unter dem Deckmantel der „Markt-Liberalisierung“ waren die wesentlichen Faktoren für eine der größten Wirtschafts- und Finanzkrisen in der Geschichte.

Niederschlag fand die Krise in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und den damit verbundenen Ängsten und Sorgen der Menschen. Quer über den Globus standen Regierungen vor gewaltigen Herausforderungen. Zum einen musste rasch und effizient Löschwasser eingesetzt werden, um den Flächenbrand der Krise einzudämmen und die negativen Auswirkungen möglichst gering zu halten. Andererseits drängte sich die Frage nach den Ursachen dieser gewaltigen weltwirtschaftlichen Eruptionen auf.

Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung in Österreich hat auf diese Herausforderungen der Krise richtig reagiert. Schnell wurden Rettungspakete für die systemrelevanten Banken und Haftungen für Unternehmen geschnürt. Mit den Konjunktur- und Arbeitsmarktpaketen konnte Schlimmstes abgewendet und die Wirtschaft stimuliert werden. Diese Maßnahmen verhinderten nicht nur Massenarbeitslosigkeit und drohende Armut, sie verhalfen Österreich sogar zu einem zarten Aufschwung und sind nicht zuletzt dafür verantwortlich, dass wir die zweittiefste Arbeitslosigkeit in ganz Europa haben.

Gemessen werden wir aber nicht nur an den richtigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Wir müssen auch die richtigen Konsequenzen aus der Krise ziehen – damit sich diese nicht wiederholt. Es ist Zeit für einen Aufbruch, Zeit für Gerechtigkeit! Die Menschen erwarten zu Recht, dass es in unserem Land und auch in der EU gerecht zu geht und nicht diejenigen die Hauptlast tragen, die die Krise gar

nicht zu verantworten haben. Ihren Ursprung nahm die Krise im Finanzmarkt. Mitverantwortlich sind die Banken und Spekulanten. Arbeitnehmer, kleine und mittlere Unternehmen, Studierende, Pensionisten und viele andere Gruppen tragen mit Sicherheit keine Schuld daran – sie haben mit ihrem Steuergeld bis dato sogar dazu beigetragen, das Schlimmste zu verhindern. Die Sozialdemokratie kämpft jetzt darum, die Ursachen der Krise nachhaltig zu beseitigen. Konkrete Forderungen liegen auf dem Tisch: Durch eine stärkere Regulierung des Wertpapierhandels, Spekulationsverbote und verschärfte Kontrollen für Hedgefonds können Spekulations-Attacken gegen Euro-Länder verhindert werden.

„Es ist Zeit für einen Aufbruch, Zeit für Gerechtigkeit! Die Menschen erwarten zu Recht, dass es in unserem Land und auch in der EU gerecht zugeht und nicht diejenigen die Hauptlast tragen, die die Krise gar nicht zu verantworten haben.“

Jetzt, wo sich die Frage stellt, wie wir das gewaltige Loch, das durch die Krisenbekämpfung in das Budget gerissen wurde, schließen, muss die Politik klare Antworten geben. Für die Sozialdemokratie ist nach wie vor klar: Wer die Krise mit verursacht hat, muss in die Pflicht genommen werden. Darum fordert die Sozialdemokratie eine Bankenabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Die Krise hat uns genau vor Augen geführt, wie ungerecht Chancen und Ressourcen selbst in unseren Breiten verteilt sind. Was der Spekulationswahn, intransparente Rating-Agenturen, das Wetten auf Staatsschulden, Leerverkäufe an den Börsen und viele andere Methoden des Neoliberalismus anrichten können, zeigt die Griechenland-Krise deutlich auf. Um zukünftige Krisen zu verhindern, braucht es daher eine europäische Rating-Agentur und der Europäischen Finanzmarktaufsicht müssen mehr Durchgriffsrechte zugestanden werden.

Es braucht eine Umverteilung der Chancen und mehr Gerechtigkeit im Bildungsbereich, in der Sozialpolitik und im Steuersystem. Es kann nicht sein, dass Profite nach wie vor in den Taschen einiger Weniger landen, Verluste aber von allen getragen werden müssen – indem der Staat etwa Rettungspakete und Haftungen beschließen muss, um einen Kollaps abzuwenden. Eine faire gesetzliche Regelung für Manager-Entgelte und ein tragfähiges Bankeninsolvenzrecht und verbesserter Konsumentenschutz bei Finanzmarktprodukten können hierzu einen wertvollen Beitrag leisten.

Wir als Sozialdemokratie müssen gemeinsam dafür kämpfen, ein gerechtes System zu schaffen. Wir müssen gemeinsam, Seite an Seite, Druck aufbauen – auf jeder politischen Ebene. Wir müssen mobilisieren und überzeugen – in der Arbeit, in den Schulen und Universitäten, im Parlament, in allen Lebensbereichen. Denn: Es ist Zeit für Gerechtigkeit! ♦

LANDTAGSWAHL BURGENLAND

Hans Niessl – Garant

Die SPÖ Burgenland startet in den Wahlkampf. Landeshauptmann Hans Niessl und sein Team setzen auf die Themen Arbeit, Bildung und Sicherheit. Es geht um die Zukunft des Burgenlands: Der Aufschwung soll fortgesetzt werden.



Es geht um die Zukunft des Burgenlands: Landeshauptmann Hans Niessl mit Bundeskanzler Werner Faymann, Verteidigungsminister Norbert Darabos, Medienstaatssekretär Josef Ostermayer und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter beim Wahlauftritt.



Mehr Sicherheit, bessere Bildung und neue Arbeitsplätze: Landeshauptmann Hans Niessl ist der Garant für den weiteren Aufschwung des Burgenlands.



Bundeskanzler Werner Faymann weiß um Niessls Rückhalt in der Bevölkerung: „Die Burgenländer wissen: Uns geht es gut mit Hans Niessl. Der schaut auf uns.“

„Ich trete an, weil ich die Arbeit für unser wunderbares Land fortsetzen möchte.“

Landeshauptmann Hans Niessl

Ich trete an, weil ich die Arbeit für unser wunderbares Land fortsetzen möchte“, rief Landeshauptmann Hans Niessl rund 2.000 begeisterten Unterstützerinnen und Unterstützern beim Wahlkampfauftakt der SPÖ Burgenland zu. Die Burgenländer wissen wovon Niessl spricht: Das Burgenland hat unter seiner Amtsführung einen rasanten Aufstieg hingelegt, Wohlstand und Lebensqualität konnten entschieden gesteigert werden. „Wir sind Nummer eins bei der Bildung, bei der Be-

wältigung der Wirtschaftskrise, im Tourismus und bei vielem mehr“, unterstrich Niessl in seiner Rede. Bei der Wahl am 30. Mai entscheidet sich, ob dieser Aufstieg fortgesetzt wird. „Dazu braucht es klare Verhältnisse“, betonte der amtierende Landeshauptmann. Dass Hans Niessl der Garant für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des Burgenlands ist, hebt auch SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann in seinem Statement hervor. Der enorme Rückhalt, den der Landeshauptmann in der Bevölkerung genießt, sei ein deutliches Zeichen dafür: „Die Burgenländer wissen: Uns geht es gut mit Hans Niessl. Der schaut auf uns“, so Faymann. Bei der Kinderbetreuung oder der Umwelt sei das Burgenland Vorbild für

ganz Österreich, unterstrich der Bundeskanzler.

Investitionen in Arbeitsplätze und Bildung

„Wir wollen 100.000 gute Arbeitsplätze im Burgenland“, legt Niessl sein arbeitsmarktpolitisches Ziel fest. Dafür soll verstärkt in Forschung und Entwicklung investiert werden. Auch hat das Burgenland

für den Aufstieg



Gemeinsam mit über 2.000 begeisterten Unterstützerinnen und Unterstützern startete der amtierende Landeshauptmann in den Wahlkampf.

als erstes Bundesland eine Ausbildungs-garantie für Jugendliche umgesetzt. „Jede junge Burgenländerin, jeder junge Burgenländer muss die Chance auf einen Job oder eine Ausbildung haben. Wir werden

dafür sorgen, dass für jeden Jugendlichen eine Lehr-, Ausbildungs- oder Praxisstelle gefunden werden kann“, so Niessl. Seine Arbeitsmarktpolitik zeigt Wirkung und die Burgenländerinnen und Burgen-

länder profitieren von seinem Kurs: Das Burgenland hat nach der Krise als erstes Bundesland die Trendwende am Arbeitsmarkt geschafft. Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Zahl der Beschäftigten steigt wieder.

Verlässlicher Partner in schwierigen Zeiten

„Durch die Krise wurde Geld, das für Bildung und Armutsbekämpfung hätte verwendet werden können, sinnlos vernichtet, weil einige nicht genug bekommen konnten“, so der Bundeskanzler, der auch die gute Zusammenarbeit mit Niessl würdigte. Einig sind sich Faymann und Niessl auch beim Verursacherprinzip: „Die Zeche für die Wirtschaftskrise sollen jene zahlen, die sie verursacht haben. Das sind sicher nicht die fleißig arbeitenden Pendlerinnen und Pendler“, so Niessl, der einer Benzinsteuern – wie die ÖVP sie fordert – eine klare Absage erteilt. Der Bundeskanzler erneuerte seine Forderung nach Maßnahmen wie der Bankenabgabe oder der Finanztransaktionssteuer. ♦

ZUM THEMA

Assistenzeinsatz fortführen – Sicherheit für das Burgenland

Das Österreichische Bundesheer leistet im burgenländischen Grenzraum und in Niederösterreich wertvolle Unterstützung für die Exekutive. „Seit 2008 haben die Soldatinnen und Soldaten rund 2.400 Maßnahmen gesetzt, in über 1.800 Fällen wurde die Polizei alarmiert“, erläutert Verteidigungsminister Norbert Darabos. Für die SPÖ steht daher fest, dass die Erfolgsgeschichte Assistenzeinsatz fortgeführt werden muss. „Solange die Polizei personell nicht in der Lage ist ihre Aufgaben im Grenzraum verstärkt zu erfüllen, soll der Assistenzeinsatz verlängert werden“, bringt Bundeskanzler Faymann die SPÖ-Position auf den Punkt. Der Personalmangel bei der Exekutive ist auf Stellenkürzungen in der Vergangenheit und verstärkten Polizeibedarf in urbanen Räumen zurückzuführen und wird auch im kommenden Jahr noch nicht behoben sein. „Daher sind wir der Meinung, dass man bereits jetzt klarstellen kann, dass der

„Solange die Polizei personell nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben im Grenzraum wahrzunehmen, soll der Assistenzeinsatz verlängert werden.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Assistenzeinsatz für das nächste Jahr verlängert werden muss“, so Faymann. Landeshauptmann Niessl fordert 500 zusätzliche Polizisten um das Burgenland zu einem „Sicherheitsland“ werden zu lassen. Solange die Innenministerin keine zusätzlichen Beamten zur Verfügung stellt, plädiert auch er für die Verlängerung des Assistenzeinsatzes. Auch der burgenländische SPÖ-Klubobmann Christian Illedits nimmt die Innenministerin in die Pflicht: „Wenn Fekter weder den Assistenzeinsatz verlängern noch die Polizei personell

aufstocken will, trägt sie die volle politische Verantwortung für jeden weiteren Anstieg der Kriminalität im Grenzraum.“ Bei der Bevölkerung erfreut sich der Assistenzeinsatz großer Beliebtheit: Über 80 Prozent der Burgenländer und Niederösterreicher begrüßen die Unterstützung der Polizei durch das Bundesheer.



HBF-Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann, Verteidigungsminister Norbert Darabos und Landeshauptmann Hans Niessl fordern die Verlängerung des Assistenzeinsatzes. Es geht um die Sicherheit der burgenländischen Bevölkerung.

EUROPA

Finanzkrise darf nicht mit Sozialabbau bezahlt werden

Der EU-Sondergipfel hat ein Paket zur Eurorettung beschlossen. Bundeskanzler Werner Faymann setzt sich dafür ein, dass genauso entschlossen gegen den Sozialabbau in Europa vorgegangen wird.



BKA

Bundeskanzler Werner Faymann wirbt in Europa um Bündnispartner für eine neue Finanzmarktarchitektur mit strengen Regeln und Kontrollmechanismen.

unabdingbar notwendig ist. „Ich hoffe, es ist die gleiche Einigkeit vorhanden, wenn es nun darum geht, Spekulationen wie zum Beispiel so genannte Leerverkäufe zu verbieten, die Finanztransaktionssteuer und die Bankenabgabe rasch einzuführen sowie eine europäische Rating-Agentur zu schaffen. Es muss dafür der gleiche Zusammenhalt und die gleiche Solidarität erkennbar sein, wie bei den Rettungsaktionen für die gemeinsame Währung“, betonte Faymann. Der Bundeskanzler will dazu Bündnispartner finden, um den Druck auf europäischer Ebene zu verstärken und die europäische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Faymann wies aber auch darauf hin, dass im Vergleich zum Beispiel mit den USA eine Entscheidungsfindung in der EU nicht immer einfach sei, da in den meisten Fällen die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten notwendig ist. Trotzdem sei es unbedingt notwendig, gemeinsame Regeln zu schaffen, denn „die Glaubwürdigkeit Europas steht auf dem Spiel“.

HINTERGRUND

SPÖ-Forderungen als Konsequenzen aus der Euro-Krise

Der Bundeskanzler präsentierte acht Maßnahmen, um die Ursachen der Euro-Krise nachhaltig zu beseitigen:

1. Einführung von Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer
2. Etablierung einer EU-Ratingagentur
3. Mehr Durchgriffsrechte für die europäische Finanzmarktaufsicht
4. Stärkere Regulierung des Wertpapierhandels, Spekulationsverbote
5. Faire gesetzliche Regelungen für Manager-Entgelte
6. Verschärfte Kontrolle der Hedgefonds
7. Verbesserter Konsumentenschutz bei Finanzprodukten
8. Bankeninsolvenzrecht

Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass Maßnahmen für den Finanzmarkt getroffen werden, für die sie haften und für die sie den Gürtel enger schnallen sollen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Rechnung der Finanzkrise mit Sozialabbau bezahlt wird“, so SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann nach der Sitzung des SPÖ-Bundesparteipräsidiums, bei dem die Maßnahmen der EU zur Euro-Krise Thema waren. „Die Bevölkerung fragt sich nun zu recht, ob sie auch davor gerettet wird, wenn Sozialabbau droht. Arbeiter, Pensionisten, die Mittelschicht haben Europa nämlich nicht in diese Situation gebracht. Es waren jene, die hochspekulative Geschäfte getätigt haben“, so Faymann.

Euro-Rettungspaket unabdingbar notwendig

Einigkeit hatte bei den europäischen Staats- und Regierungschefs beim Krisen-Gipfel in Brüssel darüber geherrscht, dass das Euro-Rettungspaket von 750 Mrd. Euro

Faymann fordert strenge Regeln für Finanzmärkte

Bezüglich der Euro-Krise unterstrich der Bundeskanzler, dass „die Europäische Union, die Eurozone und die verantwortlichen Länder richtig reagiert haben“. Ein Schutzschirm löse jedoch noch lange nicht alle Probleme, eine neue Finanzmarktarchitektur mit strengen Regeln und Kontrollmechanismen müsse umgesetzt werden. SPÖ-Budgetsprecher Jan Krainer betonte ebenfalls, dass der Rettungsschirm des Internationalen Währungsfonds und der EU für die Stabilisierung des Euros „ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Spekulationsattacken des Finanzmarktes“ war. Dennoch dürfe „die soziale Gerechtigkeit nicht im Meer der Hilfsmaßnahmen und Krisenpakete untergehen“, so Krainer. Und weiter: „Die Menschen reagieren zurecht mit Ärger, wenn die EU ständig Ressourcen mobilisieren muss, um das, was Spekulationen anrichten, wieder auszubügeln.“ ♦

KAMPAGNE

Zeit für Gerechtigkeit!

Faire Verteilung, soziale Ausgewogenheit und gleiche Chancen stehen im Zentrum der neuen SPÖ-Kampagne.

„Wir müssen für unsere Anliegen Bündnispartner suchen, um uns durchzusetzen. Um Druck aufzubauen müssen wir mobilisieren – und um zu mobilisieren müssen wir überzeugen“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführerin
Laura Rudas**

Die Auswüchse der neoliberalen Politik der Deregulierung haben sich mit der Weltwirtschaftskrise und besonders wieder in den letzten Wochen mit der Euro-Krise als Folge des Griechenland-Debakels von ihrer schlimmsten Seite gezeigt. Skrupellose Spekulanten, die nur den schnellen Gewinn im Auge haben, wetten auf Nahrungsmittelpreise und Staatshaushalte. „Darum sagen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ganz klar, es ist 'Zeit für Gerechtigkeit!' Wir müssen für unsere Anliegen Bündnispartner suchen, um uns durchzusetzen. Um Druck aufzubauen müssen wir mobilisieren – und um zu mobilisieren müssen wir überzeugen“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Inhaltlich wird bei der Kampagne der Bogen von den Vorschlägen der SPÖ zu einer gerechten Budgetkonsolidierung, über die Maßnahmen zur sozialen Ausgewogenheit, bis hin zur Forderung nach gleichen Chancen für alle Menschen gespannt. Für die



SPÖ-Vorsitzender Bundeskanzler Werner Faymann vor dem Kampagnen-Sujet nach dem SPÖ-Präsidium.

SPÖ ist klar, dass, was die Kosten der Krise betrifft, vom Verursacherprinzip ausgegangen werden muss. Jetzt sollen jene einen Beitrag zur aufgrund der Krise notwendigen Reparaturarbeit leisten, die sie auch mit verursacht haben. Banken, die von der Solidarität der Steuerzahler profitiert haben und jene, die gut an der Deregulierung der Märkte verdient haben, sind nun in die Pflicht zu nehmen, aber auch bei den Managergagen, den Stiftungen und der Gruppenbesteuerung ist anzusetzen. Steu-

ern und Abgaben sollen sozial gerecht sein. Das 7-Punkte-Programm, in dem die einhamenseitigen Budget-Vorstellungen der SPÖ enthalten sind, wird also ebenso im Zentrum der Kampagne stehen wie die Maßnahmen zur sozialen Ausgewogenheit und zur Chancengleichheit.

„Die Neuorganisation des europäischen Finanzsystems soll vorangetrieben werden, denn aus der Wirtschaftskrise darf keine Sozialkrise werden“, unterstreicht Rudas. ♦



SCHULE

Bildungsreform geht mit Volldampf weiter

Bildungsministerin Claudia Schmied hat das „Bildungspaket 1. Arbeitshalbjahr 2010“ vorgestellt. Maßnahmen wie die neue Matura und mehr Sprachförderkurse bringen klare Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler.

„Mit diesem Bildungspaket setzen wir konsequent die nächsten Reformschritte für eine bessere Bildung“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Mit dem Bildungspaket, das Ministerin Schmied gemeinsam mit den Bildungssprechern der Regierungsparteien Elmar Mayer und Werner Amon präsentiert hat, „setzen wir die Bildungsoffensive für mehr Qualität und Chancengerechtigkeit konsequent fort“, so Schmied. Jedes der im Bildungspaket enthaltenen Projekte – u.a. neue Matura an den BHS, Ausweitung und Verlängerung

und leistungsstärker gemacht werden“. Die einzelnen Gesetze sollen noch vor dem Sommer im Parlament beschlossen werden, „damit die Maßnahmen schon im Schuljahr 2010/2011 greifen können“, unterstrich die Bildungsministerin.

Einheitlich hohe Qualitätsstandards durch neue Matura

„Herzstück“ des Bildungspakets des ersten Arbeitshalbjahres 2010 ist die Einführung der teilzentralen standardisierten Reifeprüfung an den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) ab dem Schuljahr 2014/15. Die neue Matura sorgt für einheitlich hohe Qualitätsstandards und ist die „Fortsetzung des mit den Bildungsstandards einge-

neuen Matura wird es außerdem kompetenzorientierte Schulbücher geben.

Mehr Sprachförderkurse

Sprachbeherrschung ist für das Gelingen von Integration von besonderer Bedeutung. Daher ist als wichtiger Teil des Bildungspakets auch eine Ausweitung und Verlängerung der Sprachförderkurse vorgesehen. Neu ist, dass nun auch die AHS-Unterstufe einbezogen wird – außerdem wird die Maßnahme um weitere zwei Jahre verlängert. Gesorgt wird auch für mehr Durchlässigkeit der Studien an den Pädagogischen Hochschulen: Absolventinnen und Absolventen der Vorläufereinrichtungen (Pädagogische Akademien) erhalten ab dem Studienjahr 2010/11 die Möglichkeit der Nachgraduierung. Teil des Bildungspakets ist außerdem die Einführung eines Datenverbundes für die Pädagogischen Hochschulen (PH), dies erleichtert den PHs z.B. die Verwaltung der Inskriptionen. Für Bildungssprecher Mayer steht angesichts des Bildungspakets fest: „Der Zug in Richtung moderne, innovative Schule ist nicht mehr aufzuhalten.“



Bilderbox

Erstklassige Bildung entscheidet über unsere Zukunft. Bildungsministerin Claudia Schmied sorgt mit ihren Reformen dafür, dass unsere Kinder und Jugendlichen die beste Bildung bekommen.

der Sprachförderkurse, Modulsystem an den Abendschulen – ist ein weiterer wichtiger Schritt der Bildungsreform. SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer sprach mit Blick auf die einzelnen Maßnahmen von einem „gelingen Werk, mit dem unsere Schulen noch ein Stück sozial gerechter

schlagenen Wegs“, erklärte Schmied. SPÖ-Bildungssprecher Mayer begrüßte es besonders, dass „Österreich mit der neuen Matura einen weiteren Schritt in Richtung Internationalisierung und Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen macht“. Begleitend zu den Bildungsstandards und zur



BMUKK

INFO

Die einzelnen Gesetzesnovellen auf einen Blick

- » Einführung der teilzentralen standardisierten Reifeprüfung an den Berufsbildenden Höheren Schulen
- » Kompetenzorientierte Schulbücher
- » Modularisierung der Abendschule
- » Ausweitung und Verlängerung der Sprachförderkurse
- » Mehr Durchlässigkeit der Studien an Pädagogischen Hochschulen
- » Einführung eines Datenverbundes für die Pädagogischen Hochschulen.

ARBEITSMARKT

Bildung – das Sprungbrett aus der Armut

Bildungsministerin Claudia Schmied und Sozialminister Rudolf Hundstorfer präsentierten Maßnahmen im Kampf gegen Armut. Fest steht: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut.

BMASK



Für Bildungsministerin Claudia Schmied und Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest, dass es die Aufgabe der Politik ist, Jugendlichen die bestmögliche Bildung, einen Arbeitsplatz und damit eine finanziell abgesicherte Zukunft zu ermöglichen.

Das Jahr 2010 ist das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. In einer gemeinsamen Pressekonferenz haben Bildungsministerin Claudia Schmied und Sozialminister Rudolf Hundstorfer Maßnahmen zur Armutsbekämpfung präsentiert, in deren Mittelpunkt Aus- und Weiterbildung stehen. Denn klar ist: Bildung ist ein Sprungbrett aus der Armut! „Bildung schützt vor Armut. Denn alle Statistiken zeigen, dass höhere Bildung auch zu höheren Beschäftigungs-Chancen und höherem Einkommen führt“, so Schmied. Für die Bildungsministerin ist es daher ganz zentral, die Bildungsreform mit großem Engagement voranzutreiben. Ihr Ziel: Erstklassige öffentliche Schulen für alle Kinder.

560 Millionen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

„Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung. Auch

wenn die Arbeitslosigkeit momentan rückläufig ist, ist das Problem noch nicht gelöst – wir müssen weitere Maßnahmen setzen“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, haben ein zehnmal höheres Armutsrisiko als beispielsweise Akademikerinnen und Akademiker. Es sei natürlich klar, so Hundstorfer, dass „nicht alle Akademiker werden sollen und können“. Das Ziel sei aber, dass alle Jugendlichen zumindest eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung abschließen. Daher investiert die SPÖ-geführte Bundesregierung heuer 560 Millionen Euro für Ausbildung und Maßnahmen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit. Dank Initiativen wie der „Aktion Zukunft Jugend“, mit der in den ersten vier Monaten dieses Jahres bereits 35.000 junge Menschen in Arbeit vermittelt werden konnten, und der Ausbildungsgarantie konnte ein Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit erreicht werden, so Hundstorfer.

„Ausbildung schützt vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

„Aktion 6.000“ gibt Antwort auf Generation Praktikum

Es gibt aber auch armutsgefährdete junge Menschen mit sehr guter Ausbildung. Aus diesem Grund wurde die „Aktion 6.000“ – eine Eingliederungsbeihilfe für Maturanten und Akademiker – vom Sozialministerium ins Leben gerufen. Für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits ein wichtiger Schritt, um hochqualifizierten jungen Menschen den Sprung ins Erwerbsleben zu ermöglichen: „Mit der ‚Aktion 6.000‘ gibt Rudolf Hundstorfer eine Antwort auf die Generation Praktikum.“

INFO

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Das Sozialministerium stellt für diverse Projekte im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ 650.000 Euro zur Verfügung. So sollen z.B. im Sommer 300 Kinder aus armen bzw. armutsgefährdeten Haushalten die Möglichkeit erhalten, die Wiener Kinderuni zu besuchen, da sie sonst kaum die Chance hätten, etwas über Universität und Studium zu erfahren.

Mehr über das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ unter www.2010gegenarmut.at

KAMPAGNE

„Finde deinen eigenen Weg“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer haben eine gemeinsame Kampagne ins Leben gerufen, um Mädchen auf frauenuntypische Berufe aufmerksam zu machen.



Knie

Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer betont die Wichtigkeit der Kampagne: „Wir wollen den Mädchen und jungen Frauen zeigen, wie viele Möglichkeiten der Ausbildung es gibt.“

„Das Wichtigste ist, einen Beruf zu wählen, der wirklich Spaß macht. Junge Frauen sollen aber nicht darauf vergessen, sich auch gut darüber zu informieren, wie viel sie verdienen können.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Fast 600 Ausbildungswege stehen jungen Frauen heute offen. Dennoch entscheiden sich Mädchen be-

sonders häufig dafür, Friseurin, Verkäuferin oder Sekretärin zu werden. SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm, die in ihrer Jugend selbst einen für Mädchen untypischen Beruf – nämlich Uhrmacherin – erlernt hat, begrüßt die Kampagne: „Alle jungen Frauen, die sicher sind, dass Verkäuferin ihr Traumberuf ist, sollen diesen Ausbildungsweg auch weiterhin forcieren. Für alle anderen kann es sich lohnen, sich auch über mädchenuntypische Berufe genauer zu informieren.“ ♦



HBf

WEBTIPP

www.findeindeinenweg.at

Auf der Homepage zur gemeinsamen Kampagne des Sozial- und Frauenministeriums finden sich Veranstaltungshinweise ebenso wie Gehaltsvergleiche oder Beratungseinrichtungen.

JUSTIZ

Bandion-Ortner im Widerspruch zur Staatsanwaltschaft

In der Causa Grasser behauptet Justizministerin Bandion-Ortner, sie wolle sich nicht einmischen – ein klarer Widerspruch zu Aussagen der Staatsanwaltschaft.

Ein Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft erklärte, dass jeder halbwegs bedeutsame Ermittlungsschritt im Justizministerium abgesegnet werden müsse. Kräuter: „Ich will jetzt in einer parlamentarischen Anfrage minutiös aufgelistet von der Justizministerin wissen, wann welcher Ermittlungsschritt gegen Grasser an das Justizministerium herangetragen wurde, wie lange die Akten am Schreibtisch der Ministerin liegen und welche Direktiven erfolgten.“ ♦

Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter sind die bisher unterbliebene Einvernahme und Kontenöffnung Grassers Indizien für parteipolitische Hintergründe.



SPÖ

BEHINDERTE MENSCHEN

Finanzielle Hilfe für Conterganopfer

SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig begrüßt die von Gesundheitsminister Alois Stöger angekündigte finanzielle Hilfe für Conterganopfer.

Gesundheitsminister Alois Stöger ist der erste Minister, der hier handelt und für die Geschädigten finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt“, so Königsberger-Ludwig. Insgesamt werden 2,8 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, was rund 70.000 Euro pro Geschädigten bedeutet. „Viele Conterganopfer sind heute in einem Alter, wo sie verstärkt medizinische Unterstützung und Pflege benötigen. Hier stehen nun weitere finanzielle Mittel zur Hilfestellung zur Verfügung“, so Königsberger-Ludwig. ♦

Für SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig ist es besonders wichtig, dass die finanziellen Mittel rasch und unbürokratisch bei den Betroffenen ankommen.



Spiola

Kapitalismuskritik

Gewinn in alle Ewigkeit

Die Finanzkrise hat einmal mehr gezeigt, dass zu unserem Wirtschaftssystem ein entsprechender Glaube gehört: Der Glaube daran, dass das Wachstum niemals aufhört und dass es Gewinn ohne Reue gibt.

Der Journalist Christoph Fleischmann blickt zurück auf die Anfänge des Kapitalismus an der Schwelle zur Neuzeit. Dabei nimmt er den Faden von Walter Benjamin auf, der im Kapitalismus eine Religion sah, die in Europa das Christentum abgelöst hat. Anschaulich legt Fleischmann dar, wie die kapitalgetriebene Wirtschaft die Wahrnehmung der Welt veränderte: Die Habgier, einst als eine Todsünde verschrien,

machte Karriere als Wirtschaftstugend Nummer eins. Und die Vorsehung Gottes wurde kurzerhand für die Wirtschaft reklamiert: Wenn alle den eigenen Vorteil suchen, dann lenkt die kosmische Harmonie alles zum Wohle aller. Eine andere Geschichte des Kapitalismus, klar und unterhaltsam geschrieben, die die Selbstverständlichkeiten dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystems hinterfragt. ♦

☐ Stk.


Christoph Fleischmann
Gewinn in alle Ewigkeit.
Kapitalismus als Religion.
 Rotpunktverlag, Zürich 2010;
 250 S., 22,00 €

Zukunftsforschung

Die Zukunft der Arbeit

Peter Zellmann, renommierter und viel zitierter Zukunftsforscher, deutet nicht den Kaffeesatz, sondern die Fakten. Er blickt nicht in die Kristallkugel, sondern in die Zukunft.

Die Zukunft der Arbeit – hat die Arbeit denn Zukunft? Oder genauer: wie sieht denn die Zukunft für uns und für unsere Kinder aus? Arbeit für manche, Jobs für viele und der große Rest soll sehen, wo er bleibt? Das kann es ja nicht sein. Die konkreten Schritte und Maßnahmen, die der Autor vorschlägt und unbeirrt beim Namen nennt, sind kein Geheimrezept, sondern die logische und mutige Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse, unlegbarer de-

mografischer Fakten und der Bereitschaft, das Denken nicht dem Partei- und Gremiengehorsam unterzuordnen. Nur eine vernünftige und gerechte Verteilung der Arbeit verhindert soziale Verwerfungen, nur ein realitätsbewusster Umgang mit dem, was kommt, macht uns fit für die unvermeidbaren Veränderungen. Und vor allem: nicht jede Veränderung ist negativ und zu fürchten. Umverteilung der Arbeit führt auch zu Gewinn an Lebensqualität! ♦

☐ Stk.


Peter Zellmann:
Die Zukunft der Arbeit. Viele werden etwas anderes tun.
 Molden Verlag, Wien 2010;
 288 S., 19,95 €

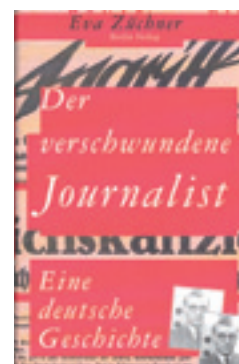
Zeitgeschichte

Der verschwundene Journalist

Gerhart Weise, Jahrgang 1913, besucht die Reichspresseschule in Berlin, arbeitet in verschiedenen Redaktionen und steigt bis in Goebbels Propagandaministerium auf.

Weise findet schnell die wohlwollende Aufmerksamkeit Goebbels. Ohne jemals an der Front gewesen zu sein wird der Filmspezialist zum Kriegsberichterstatler, zum Erfinder von Falschmeldungen für das feindliche Ausland und schließlich zum Ko-Autor des letzten NS-Propagandafilms „Das Leben geht weiter“. Eva Züchner zeichnet das Bild eines von der NS-Bewegung Begeisterten, der allmählich zum zynischen Opportunisten wird und seinen

Freund verrät und dessen Hinrichtung mitverschuldet. Weise wird 1945 von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und verschwindet spurlos. Sechzig Jahre lang blieb Weise für seine Tochter und Autorin dieses Buches ein Unbekannter. Auf der Suche nach seiner Lebensgeschichte stößt sie auf die Biographie eines Journalisten im Dritten Reich, eines Schreibtischtäters und Mitschuldigen dessen Bild bruchstückhaft und widersprüchlich bleibt. ♦

☐ Stk.


Eva Züchner:
Der verschwundene Journalist. Eine deutsche Geschichte.
 Berlin Verlag, Berlin 2010;
 288 S., 24,70 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



ARBEITER-FISCHEREI-VEREINE

Petition für Wasserkraft-Stopp an unseren Flüssen



picturedesk

nutzt werden. Nur noch 20 Prozent der österreichischen Flüsse seien natürlich oder naturnah erhalten geblieben. Diese Abschnitte müssen bewahrt werden, argumentieren die Aktivisten.

Kräuter für umsichtige und maßvolle Energieerzeugung an Flüssen

Die Petition wurde am Dienstag von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter und vom

WWF an Nationalratspräsidentin Barbara Prammer übergeben. Als aktiver Fischer und Präsident des Verbandes der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine ist Kräuter die „Bedeutung naturnaher Fließgewässer für die Artenvielfalt, aber auch für die Naherholung und für den Tourismus“ bewusst. Kräuter setzt sich deshalb für eine umsichtige und maßvolle Energieerzeugung an Flüssen ein. Neben dem SPÖ-Bundesgeschäftsführer stehen hinter der Initiative die größten Naturschutzorganisationen Österreichs: Von WWF über Naturschutzbund und Naturfreunde, Sektion Edelweiß des Alpenvereins bis hin zu Kajaksportler- und Fischereiverbänden. ♦



22.000 Österreicher haben die Forderung der Initiative „Flüsse voller Leben“ unterschrieben. Auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer

Günther Kräuter unterstützt diese Aktion.

Die Initiative „Flüsse voller Leben“ steht für einen besseren Schutz jener Strecken, die noch nicht energiewirtschaftlich ge-



Parlamentsdirektion

V.l.n.r.: Andreas Wurzer, stv. Geschäftsführer des WWF, Helmut Belanyecz, Präsident des Dachverbands Österreichischer Fischereivereine (ÖKF), Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, Manuel Hinterhofer, Geschäftsführer des Österreichischen Fischereiverbands (ÖFV). ♦

TIROL

Mehr Hilfe für pflegende Angehörige



Seit 2010 gewährt das Land Tirol eine Förderung zur Tagespflege für pflegebedürftige Personen in einem Alten- oder Pflegeheim.

Die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger übernehmen innerhalb der Familien überwiegend Frauen. „Eine Bürde, die in den vergangenen Jahren noch gewachsen ist, da zunehmend Frauen gleichzeitig Kindererziehen und einer Berufstätigkeit nachgehen“, sagt der Tiroler SPÖ-Landesrat Gerhard Reheis. Seit heuer gewährt das Land Tirol eine Förderung zur Tagespflege für pflegebedürftige Personen in einem Alten- oder Pflegeheim. Diese Leistung kann an maximal 150 Tagen pro Jahr ganztätig oder halbtätig in Anspruch genommen werden. „Auf diese Weise bieten wir den pflegenden Angehörige, eine wirksame Hilfestellung und Entlastung, gleichzeitig wird den pflegebedürftigen Menschen ein

Bilderbox



möglichst langes Verbleiben zu Hause gewährleistet“, sagt Reheis. ♦
Den Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai nahmen Tirols Soziallandesrat Gerhard Reheis und Landtagsvizepräsidentin Gabi Schiessling zum Anlass, allen in der Pflege und Betreuung Tätigen für ihre unermüdlichen Leistungen zu danken.

SPÖ FRAUEN

Vorarlberg trifft Wien



Programm teil.

Auch in diesem Jahr nahmen die Vorarlberger SPÖ-Frauen an einer Wienreise mit spannendem und abwechslungsreichem

Der Landesfrauenvorsitzenden Olga Pircher und der Frauengeschäftsführerin Erna Zollner ist es auch in diesem Jahr gelungen, zahlreiche Frauen für die Wienreise zu begeistern. Während des Besuchs in der Bundeshauptstadt jagte ein Highlight das Nächste. So hatten die Teilnehmerinnen Gelegenheit, eine Nationalratssitzung live mitzuerleben, die Parteizentrale der SPÖ in der Löwelstraße und den Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zu besuchen sowie mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek aktuelle frauenpolitische Themen zu diskutieren. Höhepunkt der Reise war für die SPÖ-Frauen jedoch die Wahlkampfabschlussveranstaltung von Bundespräsident Heinz Fischer in der Hofburg. ♦



SPÖ Vorarlberg

Der Abschied von Wien fiel den SPÖ Frauen Vorarlberg schwer. Aber: Sie alle werden wieder kommen.

FREIHEITSKÄMPFER/SJ

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg



Auch dieses Jahr nahm die SJ an der Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen teil. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gedachten dem Kriegsende.

Die Befreiungsfeierlichkeiten im ehemaligen KZ Mauthausen sind ein Fixpunkt im Jahresprogramm der Sozialistischen Jugend (SJ). Auch heuer reisten wieder hunderte Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Österreich nach Mauthausen und gedachten der Befreiung vor 65 Jahren. An der Grabtafel der SJ wurde ein Kranz niedergelegt, um an die unzähligen ermordeten Aktivisten der Sozialistischen Arbeiterjugend zu erinnern.

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gedachten dem Kriegsende vor



Rastegar

Für die Sozialistische Jugend ist die Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen ein Fixpunkt im Jahreskalender. Heuer waren 500 SJ-Aktivisten vor Ort.

65 Jahren mit einer Kranzniederlegung auf dem Helmut-Zilk-Platz. Ihr Vorsitzender Ernst Nedwed wies in seiner Rede auf die Millionen Opfer des Vernichtungskrieges und der Konzentrationslager hin.



Freiheitskämpfer

Die Freiheitskämpfer gedenken der Millionen Opfer des Vernichtungskrieges und der Konzentrationslager.

JUNGE GENERATION

Tina Tauß als Vorsitzende bestätigt



Mit über 87 Prozent der Delegiertenstimmen wurde die Oberösterreicherin im Amt bestätigt.

An der Bundeskonferenz, die unter dem Titel „Zusammenleben in Österreich“ abgehalten wurde, nahmen unter anderem SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, Bildungsministerin Claudia Schmied, Oberösterreichs LHStv. Josef Ackerk und Niederösterreichs LHStv. Sepp Leitner als Ehrengäste teil. „Wir müssen durch unsere Politik Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt, bei der Bildung, bei Wohnen und Sprache schaffen, sodass alle Menschen in Österreich eine gleiche und faire Chance haben“, so die wiedergewählte Bundesvorsitzende Tauß.



Kollroß

Tina Tauß wurde mit über 87 Prozent als JG-Bundesvorsitzende bestätigt. Sie fordert „gleiche und faire Chancen für alle Menschen in Österreich“.

BURGENLAND

Die SPÖ trauert um Theodor Kery



Burgenlands Landeshauptmann a.D. Theodor Kery verstarb im 92. Lebensjahr. Sein Name ist untrennbar mit dem Aufstieg des Burgenlands verbunden.

„Theodor Kery konnte in seiner Amtszeit den Grundstein für die erfolgreiche Entwicklung des Burgenlands legen“, zeigte sich Bundeskanzler Werner Faymann tief betroffen über den Tod des ehemaligen Landeshauptmannes. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter würdigte Kerys Beitrag zum Aufschwung des Burgenlandes. „Kery hat die Grundvoraussetzungen für den heutigen Erfolgsweg seines Bundeslandes geschaffen.“ Verteidigungsminister Norbert Darabos verwies auf den enormen Rückhalt, den Kery in der Bevölkerung genoss. Diese dankte ihm seine erfolgreiche Arbeit mit einer 21-jährigen Amtszeit – der längsten in der Geschichte des Burgenlandes.



„Seine Arbeit hat ihm Anerkennung und Rückhalt in der Bevölkerung gebracht“, betont Bundeskanzler Werner Faymann.



picturedesk

Es ist höchste Zeit!

Udo Jesionek plädiert für eine den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepasste effiziente Jugendgerichtsbarkeit.



Fotolia

Das Resozialisierungspotential ist bei straffällig gewordenen Jugendlichen besonders groß, wenn Jugendrichter, Staatsanwälte, Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen gemeinsam die beste und effizienteste Lösung erarbeiten.

„Oftmals kann ein Jugenddelikt Indiz einer Verwahrlosung sein, die die künftige Entwicklung des Jugendlichen beeinträchtigen kann, dem durch entsprechende jugendwohlfahrtsrechtliche Maßnahmen begegnet werden muss.“

Nach der sinnlosen Zerstörung der zentralen Jugendgerichtsbarkeit in Wien, Graz und Linz, verbunden mit der starken Ressourcenkürzung für Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe und Jugendstrafvollzug, ist es höchste Zeit über die Wiedererrichtung des Jugendgerichtshofes Wien, des Jugendgerichtes Graz und der zentralen Sonderkompetenz für Linz hinaus die Voraussetzungen für eine den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepasste effiziente Jugendgerichtsbarkeit zu schaffen. Dazu gehört vor allem:

1. Die Schaffung von Jugendkompetenzzentren bei den Landesgerichten in der

beim JGH Wien seinerzeit bewährten Zusammenfassung von Jugendstrafgerichtsbarkeit, Vormundschafts- und Pflegschaftsgerichtsbarkeit bei der Jugendrichter, Staatsanwälte, Sozialarbeiter, Psychologen und Pädagogen gemeinsam die beste und effizienteste Lösung für jeden einzelnen Fall erarbeiten.

2. Auf Bezirksebene ist die Jugendstrafgerichtsbarkeit und die Vormundschafts- und Pflegschaftsgerichtsbarkeit zumindest in den Fällen, in denen eine Gefährdung der persönlichen Entwicklung zu befürchten ist, wieder in der gleichen Gerichtsabteilung zu vereinen. Oftmals kann ein Jugenddelikt Indiz einer Verwahrlosung sein, die die künftige Entwicklung des Jugendlichen beeinträchtigen kann, dem durch entsprechende jugendwohlfahrtsrechtliche Maßnahmen begegnet werden muss. Diese Entscheidung muss in eine Hand gelegt werden.

3. Es muss sichergestellt werden, dass entsprechend § 30 JGG mit der Jugendgerichtsbarkeit nur wirklich qualifizierte Ju-

gendrichterinnen und Jugendrichter sowie Jugendstaatsanwältinnen und Jugendstaatsanwälte betraut werden und in dieser Funktion auch nicht gegen ihren Willen in eine andere Abteilung versetzt werden dürfen.

4. Wichtig ist, dass allen Jugendrichtern unmittelbar je eine mit Psychologen und Sozialarbeitern besetzte Jugendgerichtshilfe zur Seite gestellt wird.

5. Für den Untersuchungshaft- und Strafvollzug an Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollten vier zentrale Jugendvollzugsanstalten verteilt auf die OLG-Sprengel geschaffen werden, um einen effektiven Jugendstrafvollzug auch organisatorisch und ökonomisch durch Bereitstellung des entsprechenden Personals (Pädagogen, Sozialarbeiter, Ausbilder etc.) sicher zu stellen. Derzeit ist ein Teil der Jugendlichen in der Justizanstalt Gerasdorf bzw. der Jugendabteilung der Justizanstalt Schwarzenau untergebracht, die meisten in den 16 gerichtlichen Gefangenenhäusern, wo wegen der geringen Zahl ein sinnvoller Jugendstrafvollzug derzeit nicht möglich ist.

Es wäre zu wünschen, dass eine künftige Politik die Jugendgerichtsbarkeit an diesen Kriterien ausgerichtet würde. Eine sinnvolle organisatorische Umsetzung würde nur einiges Engagement und einigen Willen und relativ geringe ökonomische Ressourcen benötigen, ist also eine durchaus realistische und realisierbare Zukunftsvision. ♦

Udo Jesionek war von 1982 bis 2002 Präsident des Jugendgerichtshofes Wien. Seit 1990 ist er Honorarprofessor für Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Johannes-Kepler-Universität Linz. Derzeit Mitarbeiter und Leitungsmitglied bei zahlreichen juristischen und sozialen Organisationen, unter anderem Präsident der Verbrechenhilfeorganisation „Weißer Ring“. Zahlreiche Publikationen insbesondere auf dem Gebiet Jugendstraf- und Jugendwohlfahrtsrecht.

„Die Manager, die uns die ÖVP geschickt hat,
haben hunderte Millionen Euro
an der Börse verzockt.“

„Geld, das jetzt für
moderne Züge fehlt.“

Walter Gaugusch ist einer von 42.000 ÖBB-
Beschäftigten und sorgt seit über 25 Jahren
dafür, dass die Züge fahren können.

WIR ARBEITEN FÜR DIE BAHN.

unserebahn@vida.at | www.unserebahn.at

UNSERE BAHN MUSS

ROT

WEISS

ROT

BLEIBEN

vida



Sicher: Neue Mopedausbildung in Österreich

Verkehrsministerin Doris Bures mit jungen Mopedlenkern bei der Präsentation des Mopedausbildungs-Pilotprojekts von ARBÖ, drivecompany, Scooter-Connection und ÖGJ. „Wir wollen sichergehen, dass die jungen Lenker eine gute Fahrausbildung bekommen, die sie sich auch leisten können“, so die Verkehrsministerin.



Vielfältig: Popfest in Wien

40.000 Musikliebhaber besuchten die zahlreichen Konzerte und Diskussionsveranstaltungen im Rahmen des Wiener Popfestes rund um die Karlskirche. Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny sieht in dem Festival, das nun jährlich stattfinden soll, eine „Bereicherung und Notwendigkeit“ für die Bundeshauptstadt.



Erfreulich: 15 Jahre Österreich in der EU

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lud anlässlich der 15-jährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs gemeinsam mit der „Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen“ zu einem Festakt ins Parlament. Unter den Gästen befanden sich u.a. Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., und der französische Botschafter Philippe Carre.



Verbindend: Social Networking in Europa

Sozialminister Rudolf Hundstorfer mit Erste Bank-Chef Andreas Treichl (l.) und Muhammad Yunus, Gründer der Grameen Bank und Friedensnobelpreisträger (m.), beim Start der „Social Business Tour 2010“. Im diesjährigen Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird die Tour durch Wien, Bratislava, Prag, Belgrad, Budapest und Bukarest Impulse für eine nachhaltige Social Business Initiative geben.